

.....  
.....  
.....

**An den/die**

**Präsidenten/Präsidentin des \_\_\_\_\_**

**- Per Hauspost -**

Berlin, den \_\_\_\_\_

**Widerspruch gegen die Höhe der Besoldung 2017**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit widerspreche ich der Höhe der mir im Jahr 2017 gewährten Besoldung. Ich fordere die Nachzahlung des Bruttodifferenzbetrages zwischen der gewährten und der mir zustehenden Besoldungshöhe. Ich rüge die Amtsangemessenheit der mir gewährten Bezüge und verweise inhaltlich [*auf die von mir bereits vorgetragenen Widerspruchsgründe sowie ergänzend*] auf die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts im Urteil von 5. Mai 2015, 2 BvL 17/09, und die Gründe der Vorlageentscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts vom 22. September 2017, 2 C 56.16, u.a.

Ich rege an, den Widerspruch bis zum Abschluss von Musterverfahren zunächst nicht zu bescheiden und verweise hierzu auf die zwischen dem Deutschen Richterbund – Landesverband Berlin und der Senatsverwaltung für Justiz im Jahr 2012 geschlossene Musterstreitvereinbarung. Das Bundesverwaltungsgericht hält die Berliner Besoldung mindestens bis zum Jahr 2015 für amtsunangemessen zu niedrig und hat mehrere Verfahren dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung über die Verfassungsgemäßheit der Berliner Besoldung vorgelegt. Daher ist die Frage der Verfassungsmäßigkeit der Besoldung in Berlin nach wie vor als ungeklärt anzusehen und besteht ein Grund für die Nichtbescheidung meines Widerspruchs.

Ich bitte Sie, mir den Eingang des Widerspruchs zu bestätigen.

Mit freundlichen Grüßen